

23.08.2010

## **Beschluss der Landesmitgliederversammlung Bündnis 90/DIE GRÜNEN GAL Hamburg**

**Sonntag, 22. August 2010**

**Bürgerhaus Wilhelmsburg, Mengestraße 20, 21107 Hamburg**

### **Verantwortungsvoll handeln, Koalition fortsetzen -**

#### **Für eine sozial-ökologische Akzentuierung des Koalitionsvertrages**

**Die GAL respektiert die Personalentscheidungen ihres Koalitionspartners CDU. Die GAL setzt die schwarz-grüne Koalition mit einem**  
5 **Bürgermeister Christoph Ahlhaus fort.**

Der verlorene Volksentscheid zur Schulreform und der Rücktritt des Ersten Bürgermeisters am 18.7.2010 waren für uns Grüne zwei herber Rückschläge. Mit Ole von  
10 Beust hat eine der zentralen Figuren des schwarz-grünen Bündnisses die politische Bühne verlassen. Die Auseinandersetzung um ein leistungsstärkeres und gerechteres Schulsystem haben wir zu einem inhaltlichen Schwerpunkt unseres Regierungshandelns erklärt. In der Frage des längeren gemeinsamen Lernens konnten wir uns  
beim Volksentscheid nicht durchsetzen. Wir können nicht einfach zur Tagesordnung  
15 übergehen, sondern müssen die Volksentscheids-Niederlage aufarbeiten und die grüne Regierungsbeteiligung neu begründen.

## ***Konsequenzen aus dem Volksentscheid Primarschule***

- 20 Mit dem längeren gemeinsamen Lernen wollten wir unser Schulsystem gerechter machen. Das ist uns nicht gelungen. Trotz des unermüdlichen Einsatzes zahlreicher Grüner und einem breiten politischen und gesellschaftlichen Bündnisses haben wir es nicht geschafft, in der Stadt eine Mehrheit für die Primarschule zu bekommen. Wir haben verstanden, dass sich die Hamburgerinnen und Hamburger mehrheitlich gegen das längere gemeinsame Lernen entschieden haben, und selbstverständlich wird dieses Votum umgesetzt – schließlich haben wir Grüne die Verbindlichkeit von Volksentscheiden durchgesetzt. Allerdings lassen sich aus Korrekturen in Sachfragen keine Neuwahlen ableiten, weil die direkte Demokratie die parlamentarische Demokratie ergänzen, aber nicht ersetzen soll. Wir haben gerade erst mit der Analyse begonnen, warum die Idee des längeren gemeinsame Lernen in Form der Primarschule gescheitert ist, obwohl aus unserer Sicht alles dafür sprach. Wir führen die Analyse fort und nutzen dabei die Expertise in vorliegenden Papieren von Partei- und LAG-Mitgliedern. Dabei legen wir ein besonderes Augenmerk auf folgende Fragen:
- 25
- Haben wir das Mobilisierungspotenzial innerhalb der Bevölkerung ausgeschöpft?
- 30
- Welchen Vorlauf brauchen wir für die Mobilisierung?
  - Haben wir „Wir wollen lernen“ unterschätzt?
  - Welche Rolle spielte die Debatte um das Elternwahlrecht?
  - War die Debatte um die Primarschule zu fachlich, und sind wir damit überhaupt durchgedrungen?
- 40
- Wie können gute Ideen in gesellschaftliche Mehrheiten übersetzt werden?
  - Wie mobilisieren wir zukünftig für unsere Themen?
  - Wie ist es um unsere Kampagnenfähigkeit bestellt?
  - Welche Rolle spielen die Medien?
  - Welche Fehler haben wir im Prozess der Umsetzung der Primarschule und im Umgang mit den Primarschulgegnern gemacht?
- 45

5

Diese und andere Fragen wollen wir in den nächsten Wochen und Monaten innerhalb unserer Gremien und im Austausch mit gesellschaftlichen Akteuren aus dem Bildungs- und Schulbereich klären, um daraus für zukünftige gesellschaftliche Auseinandersetzungen zu lernen. Auch mit Blick auf die nächsten Bürgerschaftswahlen werden wir diskutieren müssen, wie sich grüne Ideen mit politischen Mehrheiten und vor allem gesellschaftlicher Akzeptanz realisieren lassen.

50

Eines hat uns der Volksentscheid heute schon gelehrt: Es reicht nicht, dass wir gute Ideen und Visionen vom gesellschaftlichen Zusammenleben haben, die Einzug in ein Regierungsprogramm halten. Damit unsere Projekte Wirklichkeit werden, müssen diese auch in der Bevölkerung eine breite Verankerung haben und mehrheitsfähig sein – gerade in Zeiten verbindlicher Volksentscheide. Es wird deswegen darum gehen, unsere Politik in Zukunft stärker an Werten und Leitlinien anstelle von einzelnen großen Projekten auszurichten. Wir werden uns zudem verstärkt der Aufgabe widmen müssen, gesellschaftliche Bündnisse zu schließen und vor Ort Überzeugungsarbeit zu leisten. Inhaltlich Vorreiter sein zu wollen, stellt uns vor die Herausforderung, zukünftig noch stärker als bisher im direkten Austausch und offen für Kritik und Vorbehalte für unser Politikangebot zu werben – auch auf der Straße.

60

## 65 ***Bürgermeisterrücktritt***

Der Zeitpunkt des Rücktrittes von Ole von Beust stößt bei uns noch immer auf wenig politisches Verständnis. Der Rücktritt des langjährigen CDU-Bürgermeisters ist sicherlich eine Zäsur, aber Koalitionen werden zwischen Parteien auf der Basis gemeinsam definierter Inhalte geschlossen und nicht zwischen Personen. Es wäre deswegen wenig glaubwürdig, wenn die GAL als Partei, die sich immer über Inhalte definiert hat, aufgrund eines Personalwechsels die Regierungsgeschäfte hinwirft.

70

Dennoch handelt es sich dabei nicht um irgendeinen Personalwechsel. Der Bürgermeister ist die zentrale Figur in einem Regierungsbündnis, er prägt die Zusammenarbeit und das Profil der Partei. Von seiner Problemlösungskompetenz und Durchsetzungsstärke hängt entscheidend ab, ob die im Koalitionsvertrag vereinbarten Inhalte

75

auch bei Widerständen noch wirkungsvoll umgesetzt werden können. Auch vor diesem Hintergrund hat der Bürgermeister-Rücktritt gewachsenes Vertrauen erschüttert. Um die Zusammenarbeit fortzusetzen, muss mit dem neuen Bürgermeister eine neue Vertrauensbasis aufgebaut werden. Das deutliche Bekenntnis zum Koalitionsvertrag und den vereinbarten Projekten und Maßnahmen, ist für uns eine Grundvoraussetzung für die weitere Zusammenarbeit. Dazu gehört auch ein klares Bekenntnis zum Senatskurs, der bisher von Offenheit und Toleranz geprägt war sowie die Fortsetzung des verlässlichen Zusammenspiels innerhalb der Koalition.

85 In den vergangenen zweieinhalb Jahren haben wir gut und erfolgreich mit der CDU zusammengearbeitet und Erfolge in vielen Bereichen vorzuweisen. Deswegen ziehen wir – auch angesichts der schwierigen weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen – eine insgesamt positive Bilanz unserer Regierungsarbeit. Der Koalitionsvertrag mit den vielen grünen Akzenten ist aber noch nicht abgearbeitet. Vor dem Hintergrund eines Bürgermeisterwechsels ist es aber dringend erforderlich, die gemeinsamen Zielvorstellungen mit der CDU für die nächsten eineinhalb Jahre zu erneuern und das eigene Selbstverständnis des Regierungshandelns kritisch zu überprüfen – vor allem auch vor dem Hintergrund der dramatischen Haushaltssituation. Die Menschen in der Stadt, unsere Wählerinnen und Wähler und Mitglieder haben zu Recht den Anspruch, dass sie wissen wollen, welche inhaltlichen Perspektiven die GAL gemeinsam mit dem Koalitionspartner aufzeigen kann.

## **Finanz- und Wirtschaftskrise und Sparhaushalt**

100 Die noch nicht nachhaltig bewältigte weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise und die finanzielle Misswirtschaft der CDU in ihrer Regierungszeit seit 2001 machen künftig eine jährliche strukturelle Einsparquote von mindestens 500 Millionen Euro erforderlich, wie Ole von Beust selbst Mitte Juni des Jahres in seiner Regierungserklärung zum Haushalt mitteilte.

105 Damit existieren die Gestaltungsspielräume, die dem Koalitionsvertrag 2008 zu Grunde lagen, nicht mehr; um sie wieder zu gewinnen, muss die Stadt ihre Pflicht-

ausgaben spürbar reduzieren. Dies bedeutet Personalabbau, Gehaltskürzungen und Abbau von öffentlichen Dienstleistungen.

110 Die GAL erwartet, dass sich das Bekenntnis zur ‚Versöhnung von Ökologie und Ökonomie‘ im Haushaltsentwurf für die kommenden zwei Jahre deutlich darin niederschlägt, dass nur solche wirtschaftspolitischen Maßnahmen ergriffen werden, die auch sozial- und umweltpolitisch Rendite abwerfen und nur solche haushaltspolitischen Entscheidungen getroffen werden, die sozial und ökologisch vertretbar sind.

### 115 ***Das haben wir vor***

Die Wählerinnen und Wähler haben uns ihr Votum für vier Jahre gegeben. Aus unserer Sicht wäre es verantwortungslos, sich jetzt einfach davon zu stehlen, obwohl es mit der CDU, die sich weiterhin zum Koalitionsvertrag bekennt, keinen inhaltlichen  
120 Dissens gibt. Gerade angesichts der dramatischen Haushaltsslage, die keinerlei finanzielle Spielräume lässt, gilt es Verantwortung zu übernehmen. Dieser Weg ist nicht ohne Risiko, weil wir nicht sagen können, wie sich die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in den nächsten eineinhalb Jahren entwickeln werden.

125 Wir haben den Koalitionsvertrag mit der CDU noch nicht abgearbeitet, und aus unserer Sicht ist jetzt der richtige Zeitpunkt, um noch einmal einen Blick auf unsere Kernpunkte zu werfen, die wir in den kommenden eineinhalb Jahren umsetzen möchten.

Wir wollen die Verbindung von Ökonomie und Ökologie, für die die schwarz-grüne Koalition steht, weiter vorantreiben und diese gemeinsame Idee in der Stadt sichtbar  
130 machen. Dabei wollen wir Ökologie und Ökonomie so verbinden, dass der Respekt vor Umwelt- und Naturschutz Vorrang erhält und ökologische Fortschritte nicht länger aufgrund ökonomischer Interessen ausgebremst werden.

Die Auszeichnung Hamburgs als europäische Umwelthauptstadt des kommenden Jahres bietet viele Gelegenheiten zu zeigen, dass wir uns nicht nur auf den in der  
135 Vergangenheit erreichten Umwelt-Status ausruhen, sondern sie für reale Verbesserungen der Lage im Umwelt- und Naturschutz nutzen wollen.

Auch in der sozialen Stadtentwicklung haben wir noch viel vor, zum Beispiel eine große Wohnungsbauoffensive. Auch wenn die Primarschule nicht kommt, wird aktuell und in Zukunft eine der größten Schulreformen Deutschlands umgesetzt, auch hier gibt es noch eine Menge Arbeit.

Unter Berücksichtigung der Haushaltssituation wollen wir bis zum Ende der Legislaturperiode unter anderem folgende zentrale Punkte auf den Weg gebracht haben:

## 145 ***Verkehr und Umwelt***

**Anreizsystem zur Begrenzung des innerstädtischen Autoverkehrs:** Wir stellen uns den Versuchen entgegen, grüne Politik als Prestige-Projekte zu diffamieren. Investitionen in ÖPNV und Radverkehr sind kein Luxus, sondern notwendig im Angesicht von Klimawandel, verstopften Straßen und Verkehrstoten. Die Unterhaltung eines überdimensionierten Straßennetzes für den Autoverkehr ist dagegen – wie die Schlaglöcher des letzten Winters uns deutlich vor Augen geführt haben – langfristig nicht finanzierbar. Die hohen Kosten müssen im Sinne einer Nahverkehrsabgabe auf die Verursacher umgelegt werden. Wir arbeiten weiter am Konzept der City Maut, Lösungen könnten aber auch in einer konsequenten Parkraumbewirtschaftung oder einer allgemeinen Parkplatzabgabe liegen. Letztere wären intelligente Mautsysteme für den ruhenden Verkehr, dazu gehört auch die (Wieder-) Einführung der verpflichtenden Stellplatzreduzierung. Dafür sind wir gewählt worden und die Diskurshoheit hierzu dürfen wir nicht den Anderen überlassen.

160

**Unumkehrbarer Baubeginn der Stadtbahn:** Der Bau der Stadtbahn muss noch in dieser Legislaturperiode begonnen werden. Gerade die aktuellen begehrlischen Kommentare zeigen, dass keine andere Partei für dieses ökologische und effiziente Verkehrsmittel zu kämpfen bereit ist, obwohl es unter sozialen Aspekten Stadtteile anbinden soll, die zu lange vernachlässigt wurden.

165

**Bessere Kombinierbarkeit von ÖPNV und Fahrrad:** Die Verbindung der stadtv-  
träglichen und umweltfreundlichen Verkehrsmittel Fahrrad und ÖPNV erfordert den  
Ausbau von Bike+Ride und des StadtRades. Mehr Menschen müssen so das eigene  
170 Fahrrad an der Bahnstation sicher und geschützt abstellen und in einem zu erwei-  
ternden Stadtgebiet das StadtRad nutzen können. Für diejenigen, für die diese Kom-  
bination nicht in Frage kommt, muss wie im Koalitionsvertrag versprochen, die Nach-  
mittagssperrzeiten für die Fahrradmitnahme in den Schnellbahnen zumindest für ein  
Jahr testweise wegfallen. Andere Großstädte mit ähnlicher Infrastruktur beweisen,  
175 dass diese sinnvolle Kombination ökologischer Verkehrsmittel auch in der Rush-Hour  
funktioniert. Langfristig muss dies auch bei der Beschaffung neuer bzw. beim Umbau  
alter Fahrzeuge eingeplant werden.

**Ausbau von Fahrradstreifen und Fahrradrouten und mehr Tempo-30-Zonen:**  
180 Die pressewirksame Präsentation der ersten 12 Kilometer neuer Fahrradstreifen hat  
eine Richtungsentscheidung grüner Verkehrspolitik signalisiert. Die im Koalitionsver-  
trag versprochene vollständige Umsetzung der Fahrradstrategie ist damit allerdings  
allenfalls begonnen. Sie fordert Radfahrstreifen insbesondere bei unzulänglichen  
Radwegen und davon gibt es in Hamburg weit mehr. Und sie fordert den Ausbau des  
185 Fahrradroutennetzes. Angesichts unseres Versprechens, den Fahrradanteil zu ver-  
doppeln, müssen wir in dieser Legislaturperiode mindestens 50 Kilometer adäquate  
neue Fahrradstrecken vorweisen können.

**Einstieg in Shared Space:** Die Gemeinschaftsstraßen (Shared Space) sind keine  
190 grünen Spielwiesen, sondern Modellprojekte für eine gerechtere und zukunftsfähige  
Verkehrspolitik. Als Großstadt kann Hamburg hier Vorreiter werden, den meisten  
Straßenraum nicht länger für den Autoverkehr zu reservieren. Wir müssen diese star-  
re Aufteilung überwinden und der Mehrheit der anderen Verkehrsteilnehmer „ihre“  
Straße zurückgeben. Dafür muss ein Einstieg mit ersten, von den Betroffenen gut an-  
195 genommenen Beispielen gelingen, damit eine „Recht auf Straße“-Bewegung einen  
Ausgangspunkt bekommt.

15

**Car To Go prüfen:** Die roten Stadträder sind ein voller Erfolg. Wir wollen prüfen, ob es möglich ist, analog zu den Leihfahrrädern, ein zusätzliches System von Leihautos in die Stadt zu stellen.

200

**Ökologische Situation der Elbe:** Die Aufnahme der operativen Arbeit der Stiftung muss in diesem Jahr erfolgen. Die gesicherte Finanzierung der Stiftung ermöglicht das schnelle Umsetzen von überfälligen Maßnahmen.

205

## **Ökologische Stadtentwicklung**

**Beseitigung der naturschutzrechtlichen Ausgleichsdefizite:** Wir haben noch keinen schlüssigen Ausgleich unserer politischen Ziele der Nachverdichtung (statt zusätzlicher Flächenversiegelung) und des Natur- und insbesondere Baumschutzes entwickelt. In unserer Regierungsbeteiligung müssen wir deutlich machen, WO jeder gefällte Baum und jede versiegelte Fläche ihren Ausgleich finden und wir müssen insbesondere auch die Bezirke veranlassen, diesen Ausgleich zu schaffen. Dies gilt gerade auch bei der Schaffung eines neuen, ökologischen Verkehrsangebots im bestehenden Straßenraum und den dafür gefällten Bäumen.

215

Wir wollen im Rahmen der Evaluierung der Bezirksverwaltungsreform die Wiedereinrichtung von schlagkräftigen Naturschutzreferaten in den Bezirken, die für alle Naturschutzangelegenheiten in den Bezirken zuständig sind, fordern.

Wir wollen die fachlich gebotene Nachpflanzung von Bäumen finanziell sichern. Wir fordern eine langfristige Sicherung des Kleingartenbestandes und eine Weiterentwicklung der Verbindung von Kleingärten und öffentlicher Grünflächennutzung.

220

**Schritte zur Senkung der Schiffsemissionen und ökologische Hafengebühr:** Der Hafen ist eine Quelle für Hamburgs Wohlstand aber auch für seine Umweltprobleme. Gerade weil er Einnahmen generiert, kann er auch für die Schäden in die Pflicht genommen werden, die er verursacht. Eine Umweltabgabe würde das Hafenvorrecht austarieren, das gerade mit grünen Stimmen über die Novelle des Bundesna-

225



turschutzgesetzes gerettet wurde. Und Hamburg muss seinem Hafen helfen, Emissionen zu vermeiden. Dazu gehören u.a. Schritte zur Senkung der Schiffsemissionen mit dem langfristigen Ziel einer Landstromversorgung

**Verfügung über die Energienetze:** Der Klimawandel verlangt uns ab, die Energieversorgung Hamburgs komplett zu überdenken und neu auszurichten. Mit der Gründung des stadt eigenen Energieversorgers Hamburg Energie ist uns ein erster wichtiger Schritt in die richtige Richtung gelungen. Weitere müssen jedoch folgen. Dazu gehört vor allem, dass wir die Verfügung über die Energienetze wieder in städtische Hand überführen, um Handlungsspielräume für eine klimaverträgliche Versorgung zu erlangen.

#### 240 ***Kita, Bildung, Hochschule***

Die Grundlagen für den späteren Bildungserfolg werden in der frühen Kindheit gelegt. Wir wollen daher den Bildungsort Kita weiter stärken und neben dem erfolgreichen quantitativen Ausbau der Kindertagesbetreuung auch die Qualität des Bildungs- und Betreuungsangebotes kontinuierlich weiterentwickeln. Starke Kitas sind ein wichtiger Beitrag für die soziale Gerechtigkeit in unserer Stadt.

**Personalschlüssel:** Wir setzen uns für eine bessere Personalausstattung in Kitas, vorrangig dort, wo Kinder einen besonderen Förderbedarf haben, ein.

250 **Sprachförderung:** Wir setzen uns für eine Intensivierung und Ausweitung der Sprachfördermaßnahmen und eine bessere Sprachstandsdiagnostik in Kitas ein.

**Teilakademisierung:** Wir setzen uns für eine Anhebung des Qualifikationsniveaus der Kita-Fachkräfte und eine Erhöhung des Anteils männlicher Pädagogen ein.

**Hort:** Zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf verfolgen wir weiterhin das Ziel, eine verlässliche Betreuung an Grundschulen einzuführen.

Auch in der Schulpolitik wollen wir trotz des verlorenen Volksentscheids den eingeschlagenen Weg weitergehen – für ein gerechteres und leistungsfähigeres Schulsystem. Deswegen werden neue Formen des Unterrichts, individualisiertes und selbständiges Lernen, sowohl miteinander als auch voneinander, unabhängig von der Primarschule eingeführt.

Wir sind weiterhin vom längeren gemeinsamen Lernen überzeugt, allerdings werden wir in den kommenden Monaten über den weiteren Umgang mit diesem programmatischen Baustein diskutieren müssen.

**Innere Schulreform:** Die innere Schulreform ist ein Kernstück für bessere Schulen. Wir wollen neue Formen des Unterrichts, wie individualisiertes und selbständiges Lernen, weiter vorantreiben. Wir setzen auf Fördern statt Wiederholen.

270

**Ganztagschulen:** Ganztagschulen sind eine wesentliche Voraussetzung für erfolgreiche Schulen. Deshalb setzen wir den quantitativen Ausbau und die konzeptionelle Entwicklung fort.

**Kleinere Klassen und mehr LehrerInnen:** Trotz der angespannten Haushaltslage der Stadt konnten wir die Klassen erheblich verkleinern und hierfür mehr LehrerInnen in den Schuldienst einstellen.

**Stadtteilschulen:** Auf die Stadtteilschulen kommt es jetzt an. Starke, funktionierende Stadtteilschulen sind Garanten für den sozialen Zusammenhalt in unserer Stadt. Sie bekommen daher eine eigene Oberstufe und eine gute Ausstattung.

**Inklusion:** Wir wollen, dass alle Kinder und Jugendlichen gemeinsam lernen. Deswegen setzen wir die UN-Charta für die Rechte von Menschen mit Behinderungen in Hamburg konsequent um.

**Bauliche Weiterentwicklung der Uni mit KlimaCampus in Eimsbüttel:** Die Standortdebatte Uni hat die wichtigen Themen der Wissenschaftspolitik verstellt und die notwendigen Investitionen in die Sanierung und Entwicklung der Hochschuleinrichtungen verzögert. Die Maßnahmen zur baulichen Weiterentwicklung in Eimsbüttel  
290 müssen nun endlich angeschoben werden. Der Sanierungsstau muss behoben und der KlimaCampus endlich ein angemessenes Gebäude an der Bundesstraße bekommen, um seiner integrativen Gründungsidee gerecht zu werden. Mit einer neuen baulichen Hülle ist es aber nicht getan. Damit die gesamte Universität ihr Potential voll entfalten und der Wissensstadt Hamburg dienen kann, muss mittelfristig auch die  
295 Unterfinanzierung in Personal- und Sachausstattung behoben werden.

**Deutliche Erweiterung der Mitbestimmungsmöglichkeiten:** Spätestens mit dem Rücktritt der Uni-Präsidentin ist klar, dass der Demokratieabbau den Hochschulen schadet. Mangelnde Beteiligung der Betroffenen führt zu schlechten Entscheidungen. Daher muss die Chance der Evaluation des Hochschulgesetzes genutzt werden, um diese Schiefelage zu beheben. Dabei müssen sowohl das Verbot von Gremien unterhalb des Fakultätsrates aufgehoben als auch neue Mitbestimmungsformen erprobt werden. Die Kompetenzen des Hochschulrates sollten stärker begrenzt werden, die oder der PräsidentIn muss künftig wieder von den Mitgliedern der Universität  
305 gewählt werden.

**Arbeitsaufnahme der Wissenschaftsstiftung:** Mit der Einrichtung der Wissenschaftsstiftung hatten wir einen Erfolg zu Beginn der Legislaturperiode. Mittlerweile wurden aber bereits die Gelder gekürzt, bevor sie die Arbeit aufgenommen hat, die  
310 Geschäftsführung ist immer noch nicht besetzt. Dem muss dringend abgeholfen werden.

**Ausblick:** Mit Blick auf die nächste Legislatur sollten wir Hochschulausbildung und Lehre in den Mittelpunkt stellen. Dies ist eine konsequente Fortführung des schulpolitischen Schwerpunktes, sie ist existenziell für eine Stadt mit weit unterdurchschnittlicher Akademisierung am Arbeitsmarkt und der beste Weg, exzellenten Nachwuchs  
315

für die Forschung zu gewinnen. Dazu gehört das Eingeständnis, dass die nachgelagerten Gebühren als Modell nicht den gewünschten Erfolg gebracht haben. Damit die Kinder aus bildungsfernen Schichten, die künftig dank der Stadtteilschule das Abitur erreichen, nicht vor den Hochschultoren stehen bleiben, sind wir weiterhin für die Abschaffung der Studiengebühren.

### ***Lebenswerte Stadt, BürgerInnenrechte***

325 Die Schaffung einer toleranten und lebenswerten Stadt ist ein grünes Kernanliegen: Wir kämpfen gegen die soziale Spaltung der Stadt, wir begreifen Vielfalt als Chancen und sichern die BürgerInnenrechte. Wir wollen, dass alle HamburgerInnen ihre Freiheit in Selbstbestimmung verwirklichen können.

330 **Integrierte Stadtentwicklung:** Mit dem Rahmenprogramm Integrierte Stadtentwicklung wollen wir die soziale Stadteilerneuerung umfassend modernisieren.

**Mehr Wohnungen, mehr Lebensqualität:** Die Zahl der genehmigten Wohnungen pro Jahr muss sich kurzfristig deutlich der Zielsetzung von 5.000 bis 6.000 nähern.  
335 Mehr Wohnraumangebot ist Voraussetzung, um die grünen Vorstellungen sozial ausgewogener Stadtentwicklung erfolgreich weiter verfolgen zu können.

**Reform des Polizeirechts:** Wir bringen die Reform des Polizeirechts auf den Weg. Es ist die dringend notwendige Korrektur eines der schärfsten Polizeigesetze in  
340 Deutschland, das in Teilen verfassungswidrig ist.

**Vorwürfe gegen PolizeibeamtInnen besser aufklären:** Wir bleiben dran an der Kennzeichnungspflicht von PolizistInnen in geschlossenen Einheiten und möchten eine unabhängige Evaluation der Arbeit der Dienststelle Interne Ermittlungen (DIE) der Hamburger Polizei.  
345

**Arbeitsstelle Vielfalt:** Wir wollen die Arbeitsstelle Vielfalt als dauerhafte Einrichtung durchsetzen. Mit ihr wird die Gleichstellungspolitik erheblich aufgewertet und die Maßnahmen gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Diskriminierung zusammengefasst und systematisch weiterentwickelt.

**Offener Strafvollzug:** Wir werden den offenen Strafvollzug in Hamburg weiter ausbauen. Damit wollen wir den Anspruch der Bevölkerung auf Sicherheit und die Resozialisierung der Inhaftierten auf einer neuen Grundlage miteinander vereinbaren.

355

**Menschen ohne Papiere:** Wir wollen konkrete Schritte einleiten, um die Gesundheitsversorgung von Menschen, die ohne legalen Aufenthaltsstatus in Hamburg leben, zu verbessern.

### 360 ***Grüne Perspektiven***

Die Hamburger Grünen haben bei der Suche nach einem eigenständigen Weg jenseits des klassischen Lagerdenkens bundesweit eine Vorreiterrolle eingenommen. Wir wollen auch zukünftig als eigenständige Kraft sein, die nicht als Anhängsel oder Mehrheitsbeschaffer eines größeren Koalitionspartners agiert. Wir machen unsere Entscheidung, mit wem wir koalieren, von Inhalten abhängig. In unserem Gestaltungsanspruch lassen wir uns von den Werten der Selbstbestimmung und Freiheit, der Toleranz und Gerechtigkeit und der ökologischen und sozialen Nachhaltigkeit leiten. Hamburg braucht die Grünen: Auch in Zukunft wollen wir die Schlüsselbegriffe in der politischen Debatte mit unseren Inhalten besetzen und dafür in der Gesellschaft werben. Dies müssen wir in Zukunft auch wieder mehr auf der Straße tun. Hierzu müssen sich Partei und Fraktion in Zukunft überlegen, wie sie stärker im Stadtbild präsent sein können. Dennoch müssen unsere weitreichenden Visionen und Forderungen immer wieder auf den Prüfstand gestellt werden und den Praxistest bestehen.

375